

Abendgespräch im Stuttgarter Literaturhaus

## Gute Prognosen trotz politischer Fallstricke

Lob und Tadel lagen in den Ausführungen Manfred Stathers nah beieinander. Der Vorsitzende des Fachverbandes Sanitär-Heizung-Klima (SHK) Baden-Württemberg begrüßte Mitte November zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zum Abendgespräch der SHK-Handwerke.

Traditionell dient die Veranstaltung einer Bestandsaufnahme: Welche politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ziele sind erreicht worden, wo besteht noch Nachholbedarf und wo sieht die SHK-Berufsorganisation deutliche Fehlentwicklungen? Ein positives Resümee konnte Stather bei der wirtschaftlichen Entwicklung ziehen. Nach Jahren des Rückgangs verbuchte die Branche erstmals wieder ein Plus. Zwar könnten die Auftragsbücher noch voller sein, doch bedingt durch hohe Preise bei den fossilen Brennstoffen und gefördert durch staatliche Zuschüsse setzte der Verbraucher auf regenerative Energien, so der Vorsitzende. Ein Trend, der sich deutlich im Umsatz abbildete. Der Verbandsvorsitzende begrüßte daher ausdrücklich die Aufstockung des Förderetats beim Marktanzreizprogramm des Bundes für 2007 um 39 Millionen Euro. Seit Jahren mahnt der Fachverband in der Förderpolitik mehr Kontinuität an. „In den vergangenen Jahren konnten die

zur Verfügung gestellten Mittel selten mit der Flut der Anträge mithalten. Die Folge: Leere Fördertöpfe, unzufriedene Verbraucher und ein Vertrauensverlust zum Handwerker, der die Zuschüsse empfohlen hatte“, so Stather.

Die bedingte steuerliche Abzugsfähigkeit von Erhaltungs- und Modernisierungskosten begrüßt die Berufsorganisation, mahnt jedoch, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Im Hinblick auf die Bekämpfung der Schwarzarbeit könne diese Maßnahme helfen, während die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent den schwarzen und grauen Markt drastisch fördere.

### Senkung der Lohnzusatzkosten nur Sprechblase

Das Thema Steuern spielte in den Ausführungen des Vorsitzenden naturgemäß eine zentrale Rolle. Die Politik sei weit davon entfernt, die gegebenen Wahlversprechen einzulösen. An die ver-



FV-Vorsitzender Manfred Stather: Lob und Tadel

sprochene Absenkung der Lohnzusatzkosten unter 40 % glaubt der Fachverband nicht. Nach dem jetzigen Diskussionsstand werden „die Lohnzusatzkosten weiter steigen“, prophezeit Stather. Besonders ärgerlich sei die widersprüchliche Haltung der

Regierenden zur Reform der gesetzlichen Unfallversicherung. Der Fachverband fordert hier eine deutliche Konzentration auf das Kerngeschäft und damit die Herausnahme der privaten Wegeunfälle aus den Versicherungsleistungen. „Wegeunfälle beanspruchen zur Zeit 15 Prozent der Leistungsausgaben“, stellte der Vorsitzende klar.

Zur aktuellen Debatte um die Unternehmenssteuerreform schlug der Fachverband einen Blick über den Tellerrand in das Nachbarland Österreich vor. Die Alpenrepublik besteuert seit 2004 die nicht entnommenen Gewinne von Personennunternehmen nur reduziert. Wenn schon nicht der angekündigte „große Wurf“ erfolge, sollte gerade bei der geplanten Gewinnbesteuerung die Eigenkapitalausstattung von Handwerksbetrieben bzw. eben der Mangel daran im Blick behalten werden. Mittelfristiges Ziel müsse nach wie vor eine Gleichbehandlung von Kapital- und Personengesellschaften sein.



Fachverband und Politik im Gespräch: (v.l.) Manfred Stather, Heiderose Berroth (Mdl FDP), Franz Untersteller; (Mdl Bündnis 90/Die Grünen) und Bayerns FV-Vorsitzender Werner Obermeyer

## Bürokratieabbau wirtschaftlich sinnvoll

Vielfach versprochen, doch bisher nur wenig realisiert – diese knappe Bilanz zog Stather hinsichtlich des angestrebten Bürokratieabbaus. Mit der Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes habe die Regierung den Betrieben in dieser Hinsicht einen „Bären-dienst“ erwiesen. Der Fachverband unterstützt die Entbürokratisierungsinitiative der Landesregierung und plädiert für eine schnellere Umsetzung. Der „lästige Papierkram“ ist für kleinere Betriebe ein relevanter Kostenfaktor. Im Vergleich zu Betrieben mit über 500 Arbeitnehmern tragen Firmen mit weniger als zehn Beschäftigten im Durchschnitt das zwölffache an Bürokratiekosten pro Mitarbeiter. „Geld und Zeit, die für Innovationen und Wachstum verloren sind“, so Stather.

Kosten, Zeitaufwand und das Ausfüllen von Formularen sei auch mit der eingeführten Rundfunkgebühr für internetfähige Computer und Mobiltelefone verbunden. Die massiven Proteste gegen dieses Vorhaben hätten zwar zu einer deutlichen Reduzierung der Gebühr geführt, doch nach wie vor lehne die Berufsorganisation jegliche Gebühr auf ein notwendiges Arbeitsmittel ab.

## Publicity durch Energieausweis und Feinstaub

Nach langwierigen Debatten steht seit kurzem fest: Der Energieausweis kommt zum 1. Januar 2008. Für das Fachhandwerk in diesem Zusammenhang besonders relevant: Die angedachten Festlegungen zur Pass-Ausstellung. „Ein zusätzlicher 120-Stunden Lehrgang für den Fachhandwerker kann nicht die Voraussetzung für die Ausstellung eines Verbrauchspasses sein!“, gab Stather den anwesenden Politikern mit auf den Weg. „Für das Einfügen von drei Zahlen in ein Computerprogramm, die vielfach aus der Heizkostenrechnung ersicht-

lich sind, benötigt der SHK-Handwerker keine zeitaufwendige Sonderschulung.“ Der Fachverband fordere daher eine Anpassung der Qualifikationsanforderungen für die Aussteller und die Einbindung des erfolgreichen baden-württembergischen Energie-Spar-Checks in das neue Energieausweis-System.

Ein deutliches Kommunikationsproblem liegt der aktuellen Debatte über ein Verbot von Feststoff-Feuerstätten zu Grunde. Pauschale Verbrennungsverbote würden das Aus für eine umweltfreundliche kohlenstoffoxidneu-



Austausch in entspannter Atmosphäre: (v.l.) Vorstandsmitglied Gerhard Schmidt, Professor Dr. Christian Küchen (IWO) und Rene Müller (Duravit)

trale Verbrennungstechnik bedeuten, die sich steigender Beliebtheit bei den Verbrauchern erfreut. Verantwortlich für die Verurteilung dieser Technologie sind Veröffentlichungen über Feinstaubemissionen, die keinen Unterschied zwischen alter und neuer Technik machen. Der Verbandsvorsitzende forderte daher Hersteller, Großhändler und das Handwerk auf, für eine Novellierung der 1. BImSchV einzutreten, Altanlagen die rote Karte zu zeigen und die Vorteile einer modernen, schadstoffarmen Heiztechnik ins richtige Licht zu setzen.

## Wirtschaftliche Grundlagen und Nachwuchs

Sichere Kalkulationsgrundlagen mahnte der Fachverband mit Blick auf den Großhandel ein. Die gravierenden Materialpreiserhöhungen im Jahr 2006 hätten die Großhändler dazu verleitet, die einmal kalkulierten Preise ständig nach oben zu korrigieren. Die Folge: Sinnvolle Kalkulationen seien für den Handwerksbetrieb nicht mehr möglich gewesen. „Der Handwerker steht beim Kunden im Wort!“ Stather forderte daher bei Herstellern

Mathe und Deutsch muss die Schule transportieren und nicht der Ausbildungsbetrieb“, wandte sich Stather an die anwesenden Vertreter des Kultusministeriums.

Gerade im Ofen- und Luftheizungsbau, im Klempnerhandwerk sowie bei den Behälter- und Apparatebauern sei die Beschulung in Landesfachklassen eine deutliche Hemmschwelle für Jugendliche. Die landesweite Zusammenfassung der Lehrlinge an einer Berufsschule bedeute für viele einen zusätzlichen Kostenfaktor. Für Unterbringung, Verpflegung und Fahrtkosten muss der Lehrling jährlich über 1500 Euro aufbringen. „Eine Tatsache, von der sich mancher künftige Klempner abschrecken lässt“, kommentierte Stather. Zur Attraktivitätssteigerung trage sicherlich auch nicht bei, dass das Land seine Zuschüsse in diesem Bereich weiter zurückfährt“, reklamierte der Vorsitzende.

**T**rotz Mehrwertsteuererhöhung sei der Branche für das kommende Jahr „nicht Bange“, urteilte Stather. Nach einer „Delle“ im ersten Quartal rechnet der Verband mit einem weiteren Aufschwung. Marktfelder gebe es genug: Eine veraltete Bäderlandschaft in den baden-württembergischen Eigenheimen verlange ebenso nach Abhilfe wie energiefressende Altanlagen in den Heizungskellern. In Sachen Klimaschutz werde die Politik in den kommenden Jahren Verbraucher und Industrie in die Pflicht nehmen, und das gehe nicht ohne das SHK-Handwerk. Im Bereich Energiecontracting, Public-Private-Partnership, Energieeffizienz und Gebäudetechnik seien neue Marktfelder zu besetzen oder bestehende weiter auszubauen. „Unser Handwerk wird sich hier positionieren!“ erklärte Stather deutlich. Imagekampagnen wie „Wohlfühlen in Baden-Württemberg“ sorgten auch in Zukunft dafür, dass die SHK-Branche im Blickpunkt der Öffentlichkeit bleibe. □